

# Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Donnerstag,  
28.05.2026, 19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

## Anwesend:

Ratsvorsitzender:	Dominik Helms
1. stellv. Ratsvorsitzende und stellv. Bürgermeisterin:	Dr. Susanne Engstler
2. stellv. Ratsvorsitzende:	Regina Mattern-Karth
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
stellv. Bürgermeisterin:	Anke Kück
stellv. Bürgermeister:	Raimund Recksiedler
Ratsmitglieder:	Norbert Ahlers
	Sascha Biebricher
	Dirk Brumund
	Jürgen Bruns
	Sigrid Busch
	Uwe Cassens
	Hergen Eilers
	Anja Ender
	Jost Etzold
	Karl-Heinz Funke
	Malte Kramer
	Timmy Kruse
	Lars Kühne
	Walter Langer
	Dr. Christoph Meßner
	Alfred Müller
	Axel Neugebauer
	Georg Ralle
	Tobias Rostek
	Stefan Schäfer
	Gesche Wittkowski
Gleichstellungsbeauftragte: von der Verwaltung:	Andrea Arens
	Thomas Besse
	Heiko Eilers
	Sören Krieghoff
	Marion Lübben-Groß
	Jens Neumann
	Michael Tietz

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der

- Beschlussfähigkeit des Rates**
- 2 Feststellung der Tagesordnung**
- 3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 12.03.2026**
- 4 Resolution der kommunalen Spitzenverbände „Rettet die Kommunen“**
- 5 Einwohnerfragestunde**
- 6 Berichte und Anträge der Ausschüsse**
- 6.1 Verwaltungsausschuss vom 21.05.2026 (nur TOP 7.3)**
- 6.1.1 Anträge an den Rat der Stadt Varel**
- 6.1.1.1 Zukunftsstruktur und Neuausrichtung des Standortes Varel – Errichtung des Gesundheitscampus Varel  
Vorlage: 147/2026
- 7 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 8 Anträge und Anfragen**

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**  
  
Ratsvorsitzender Helms eröffnet um 19:00 Uhr die außerordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Varelner Bürgerinnen und Bürger.  
  
Ratsfrau Möller und Ratsherr Brennecke fehlen entschuldigt.
- 2 Feststellung der Tagesordnung**  
  
Ratsvorsitzender Helms stellt die Tagesordnung fest.  
  
Die Tagesordnung wird einvernehmlich um den Tagesordnungspunkt 4 (Resolution der kommunalen Spitzenverbände „Rettet die Kommunen“) ergänzt.
- 3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 12.03.2026**  
  
Der öffentliche Teil des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 12.03.2026 wird einstimmig genehmigt.

#### 4 **Resolution der kommunalen Spitzenverbände „Rettet die Kommunen“**

Bürgermeister Wagner verweist auf den anliegenden gemeinsamen Aufruf der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens, in den Vertretungen der Kommunen die Resolution „Rettet die Kommunen“ zu beschließen.

Er zitiert aus dem Resolutionsentwurf: „Vor diesem Hintergrund fordert der Rat der Stadt Varel das Land Niedersachsen auf,

1. die Mittel im kommunalen Finanzausgleich im Rahmen des Doppelhaushalts 2027/2028 deutlich zu erhöhen, mindestens jedoch um eine Milliarde Euro,
2. das Konnexitätsprinzip im Land konsequent anzuwenden und im Bundesrat nur noch Gesetzen zuzustimmen, die vollständig vom Bund finanziert werden und
3. sich beim Bund für eine Reform der Sozialleistungen einzusetzen, die zu einer auskömmlichen Finanzierung auf kommunaler Seite führt.“

Sodann lässt Ratsvorsitzender Helms über den Entwurf der Resolution abstimmen.

##### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Varel beschließt den anliegenden Entwurf der Resolution „Rettet die Kommunen“ und fordert das Land Niedersachsen auf,

1. die Mittel im kommunalen Finanzausgleich im Rahmen des Doppelhaushalts 2027/2028 deutlich zu erhöhen, mindestens jedoch um eine Milliarde Euro,
2. das Konnexitätsprinzip im Land konsequent anzuwenden und im Bundesrat nur noch Gesetzen zuzustimmen, die vollständig vom Bund finanziert werden und
3. sich beim Bund für eine Reform der Sozialleistungen einzusetzen, die zu einer auskömmlichen Finanzierung auf kommunaler Seite führt.“

##### **Einstimmiger Beschluss**

#### 5 **Einwohnerfragestunde**

Ein Bürger stellt mehrere Fragen zu dem Tagesordnungspunkt 6.1.1.1 öT (Zukunftsstruktur und Neuausrichtung des Standortes Varel – Errichtung des Gesundheitscampus Varel).

1. Wenn die Gesundheitscampus Varel GmbH als Betreibergesellschaft fungiert, dann müsse seines Erachtens der Betriebsübergang nach § 613a BGB zur Anwendung kommen. Er stellt die Frage, ob diese Auffassung zutrifft. Bürgermeister Wagner antwortet, dass die Gesellschafter der Gesundheitscampus Varel GmbH sich in der Angelegenheit natürlich von einer Fachanwältin beraten lassen. Es ist vorgesehen, den Betrieb der Gesundheitscampus Varel GmbH im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags zu regeln. Ein Betriebsübergang nach § 613 a BGB ist nicht vorgesehen. Auf eine Nachfrage des Einwohners versichert er, dass sich die beteiligten Gesellschafter der Bedeutung des Themas bewusst sind und es von daher besondere Aufmerksamkeit genießt.

2. Auf eine entsprechende Frage des Einwohners bestätigt Bürgermeister Wagner, dass der Landkreis Friesland zugesagt hat, für mögliche Verluste der Frauenklinik weiterhin aufzukommen.
3. Der Einwohner stellt die Frage, ob die Stadt Varel bei einer Beteiligung an der Gesundheitscampus Varel GmbH in Höhe von 24,5 % auch für 24,5 % der möglichen Verluste des MVZs und des AOZs aufkommen wird und stellt zugleich fest, dass hierzu offenbar bisher keine Zahlen bekannt sind.  
Bürgermeister Wagner antwortet, dass Detailfragen im Rahmen der noch zu verhandelnden Verträge geklärt werden müssen, stimmt den Ausführungen des Einwohners jedoch vom Grundsatz her zu. Er ergänzt, dass man jedoch guten Mutes sei, relativ zeitnah schwarze Zahlen schreiben zu können.
4. Der Einwohner führt aus, dass die Friesland-Kliniken gGmbH mit einem Anteil von 51 % an der Gesundheitscampus Varel GmbH „Herr des Geschehens“ bleiben werden. Er verweist auf einen offenen Brief der Beschäftigten, in dem diese ihren Unmut über die Friesland-Kliniken gGmbH zum Ausdruck gebracht haben und für ihre Zukunft eine wohlwollende Geschäftsführung fordern. Insofern hat er Sorge, ob sich mit dem jetzt vorliegenden Konzept, das Vertrauen der Beschäftigten gewinnen lässt.  
Bürgermeister Wagner führt aus, dass die Person, welche die Geschäftsführung der Gesundheitscampus Varel GmbH übernehmen soll, nach seiner Einschätzung das Vertrauen der Beschäftigten genießt.  
Er verweist auf die in dem anliegenden Schaubild genannten Optionsrechte und zeigt sich erfreut über die Bereitschaft von mehr als 160 Beschäftigten, dem Konzept des „Gesundheitscampus Varel“ zu folgen.

## **6 Berichte und Anträge der Ausschüsse**

### **6.1 Verwaltungsausschuss vom 21.05.2026 (nur TOP 7.3)**

#### **6.1.1 Anträge an den Rat der Stadt Varel**

##### **6.1.1.1 Zukunftsstruktur und Neuausrichtung des Standortes Varel – Errichtung des Gesundheitscampus Varel Vorlage: 147/2026**

Bürgermeister Wagner verweist auf die Beschlussvorlage. Er berichtet aus den von Herrn Horn, Herrn Dr. Brinkmann, Herrn Dr. Richter und ihm geführten Verhandlungen mit Vertretern des Landkreises Friesland sowie der Friesland-Kliniken gGmbH. Diese Verhandlungen seien mitunter schwierig gewesen.

Er führt aus, dass das nunmehr vorliegende Konzept nicht die Lösung ist, die man sich anfänglich gewünscht habe, es sei aber ein Konzept, das Mut mache, ausbaufähig sei und das nach seinem Empfinden in der Stadtgesellschaft den notwendigen Zuspruch findet.

In den kommenden Wochen werde man unter fachanwaltlicher Beteiligung die notwendigen Gesellschaftsverträge erarbeiten und diese zur Beschlussfassung

den Gremien des Rates der Stadt Varel vorlegen.

Er zeigt sich erfreut über die von den Mitgliedern des Rates in den letzten Monaten gezeigte Einigkeit in dieser Angelegenheit.

Ratsherr Bruns führt aus, dass die Gesundheitsversorgung in Varel mit dem zu fassenden Beschluss auf andere Beine gestellt werde. Er erinnert an die anfänglichen Befürchtungen, es könne zu einem „Kahlschlag in der Gesundheitsversorgung“ kommen. Statt mit dem Finger auf andere zu zeigen, habe der Rat der Stadt Varel sich fraktionsübergreifend dazu entschieden, eigene Ideen und Konzepte zu entwickeln.

Er hebt den Erhalt der Frauenklinik am Standort Varel, den Aufbau eines AOZ und die Einrichtung von zwei MVZ hervor. Er verkennt nicht, dass die Beteiligung der Stadt Varel ein Risiko darstellt. Es scheint ihm angesichts der sich bietenden Chancen jedoch wert, dieses Risiko einzugehen.

Er richtet einen Dank an die Beschäftigten, für die eine lange Zeit der Ungewissheit nun hoffentlich zu Ende geht.

Ratsherr Funke sieht den Rat vor einem klassischen Dilemma stehen, welches nicht auflösbar sei. Der Landkreis Friesland komme seiner verfassungsgemäßen Aufgabe, für die Gesundheitsversorgung Pate zu stehen, nicht nach und von daher steige nunmehr die Stadt Varel in diese Aufgabe notgedrungen mit ein. Die Fraktion ZUKUNFT VAREL stimme dem Beschlussvorschlag aus zwei Gründen zu:

1. um zumindest das ansatzweise aufrechtzuerhalten, was durch die Wegnahme des historischen Krankenhauses entfallen sei und
2. wegen des am Standort Varel beschäftigten Personals.

Wer stets den Blick nach vorne wirft, der dürfe die Vergangenheit und die begangenen Fehler nicht verkennen. Insofern bestehe angesichts dessen, was Varel genommen worden ist, kein Anlass zu jubeln. Der Beschluss sei jedoch wegen der zuvor genannten Gründe notwendig.

Es gelte noch viele Fragen zu klären, insoweit stehe man erst am Anfang eines Weges. In diesem Zusammenhang stelle sich auch die Frage, ob und wie man beim AOZ im Wettbewerb zum Landkreis Friesland stehe. Von daher müsse bei der Ausarbeitung der Gesellschaftsverträge höchste Aufmerksamkeit gelten.

Ratsfrau Mattern-Karth kündigt für die Fraktion B90/GRÜNE an, der heutigen Beschlussvorlage zuzustimmen. Dieser Beschluss bildet nach ihrem Verständnis den Aufschlag für eine Konsolidierung der Gesundheitsversorgung in Varel.

Sie führt weiter aus, dass sowohl die Friesland-Kliniken gGmbH als auch der Landkreis Friesland kein Konzept für die Gesundheitsversorgung im südlichen Kreisgebiet hatten und es der Initiative des Rates der Stadt Varel zu verdanken sei, dass heute überhaupt ein Konzept zur Beschlussfassung vorliegt.

Es sei zu begrüßen, dass sich die Verantwortung zukünftig auf mehrere Schultern verteile. Sie zeigt sich zuversichtlich, dass es gelingen wird, die Liegenschaft mit Leben zu füllen und nennt in diesem Zusammenhang Planungen für eine Reha-Einrichtung, für eine Intensiv-Pflege u. a.

Für die CDU-Fraktion führt Ratsherr Kruse aus, dass man erfreut sei über das vorliegende Konzept. Er dankt allen beteiligten Akteuren, insbesondere Herrn Horn und der Vareler Wirtschaft, welche die Bemühungen unterstützt habe.

Er geht kurz auf die Diskussionen im Kreistag ein und beklagt Attacken gegen die Führung des Landkreises, gegen die Führung der Friesland-Kliniken und gegen einzelne Oppositionspolitiker. Es sei vorrangig die Aufgabe der Mehrheitsgruppe im Kreistag Richtung und Ziel zu bestimmen.

Ratsherr Etzold kündigt an, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Gleichwohl habe er das Gefühl, die Vielschichtigkeit der Thematik in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht vollumfänglich durchdringen zu können. Er könne daher nur bedingt nach bestem Wissen entscheiden.

Ratsfrau Kück erinnert an das vor ca. einem Jahr vorgestellte PWC-Gutachten, welches ein Aus für die Gesundheitsversorgung am Standort des ehemaligen St. Johannes-Hospitals bedeutet hätte. Sie zeigt sich froh und dankbar, dass der Rat der Stadt Varel sich damit nicht abgefunden, sondern nach einer Lösung gesucht hat. Natürlich habe man sich ein noch besseres Ergebnis gewünscht, sie sei aber zuversichtlich, dass man gemeinsam mit den Beschäftigten noch einiges erreichen könne.

Ratsfrau Busch dankt den Beschäftigten für ihr Engagement und für die von ihnen gezeigte Geduld.

Der ganze Prozess zeige, dass es sich lohnen kann, lösungsorientiert zusammenzuarbeiten. Mit dem Beschluss übernehme die Stadt Varel Verantwortung im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Für den Ratsherrn Cassens wäre ein einstimmiges Votum für die Beschlussvorlage ein starkes politisches Signal, welches man nur begrüßen könne.

Er habe hohen Respekt vor der Arbeitsleistung derer, die diesen Prozess gesteuert und verhandelt haben. Er erinnert an die Mahnwachen, welche im Winter 2023/2024 vor dem Krankenhaus abgehalten wurden und aus der Bevölkerung heraus initiiert worden sind. Insofern habe seines Erachtens die Bevölkerung der Politik „Beine gemacht“.

Abschließend führt er aus, dass jeder, der sich Akzeptanz in der Bevölkerung für den Gesundheitscampus Varel wünscht, der müsse in den nächsten Wochen und Monaten auch dafür werben.

Für die anstehenden Ausarbeitungen der Gesellschaftsverträge erwartet er starke Minderheitenschutzrechte, eine klare Zielvereinbarung bezüglich der Frauenklinik und Transparenz in allen wirtschaftlichen Fragen.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Varel beauftragt die Verwaltung und die Projektgesellschaft Gesundheitszentrum Varel GmbH, die notwendigen Schritte für die rechtliche und wirtschaftliche Ausarbeitung einer Umsetzung der Gesundheitscampus Varel GmbH mit den in der anliegenden Beschlussvorlage genannten Eckpunkten und entsprechend des beigefügten Schaubildes zu veranlassen und vorzulegen.

### **Einstimmiger Beschluss**

## **7 Mitteilungen des Bürgermeisters**

Bürgermeister Wagner teilt mit, dass die KV-Sitze nach einer Entscheidung des zuständigen Ausschusses der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen der Gesundheitscampus Varel GmbH zugeschrieben werden.

## **8 Anträge und Anfragen**

Keine Anträge und Anfragen.

Um 20:02 Uhr schließt Ratsvorsitzender Helms die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Dominik Helms  
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner  
(Bürgermeister)

gez. Thomas Besse  
(Protokollführer/in)



Niedersächsischer  
Landkreistag



Niedersächsischer  
Städtetag



## **Kommunaler Aktionstag zur Finanzkrise am 27.5.2026 mittags in Hannover**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die finanzielle Lage unserer Kommunen spitzt sich weiter zu. Steigende Ausgaben bei gleichzeitig unzureichender Finanzausstattung schränken die Handlungsspielräume vor Ort zunehmend ein. Deshalb werden der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund, der Niedersächsische Landkreistag und der Niedersächsische Städtetag gemeinsam ein starkes Zeichen setzen.

Am 27. Mai werden Repräsentanten der drei kommunalen Spitzenverbände den Ministerpräsidenten öffentlichkeitswirksam auf die dramatische Lage der kommunalen Haushalte hinweisen und Hilfe einfordern.

**Zeit: Dienstag, 27. Mai 2026, ab 12:00 Uhr**

**Ort: Hannah-Arendt-Platz vor dem Niedersächsischen Landtag, Hannover**

Parkmöglichkeiten bestehen zum Beispiel im Parkhaus Altstadt/Schmiedestraße oder auf dem Schützenplatz. Vom Hauptbahnhof ist der Landtag fußläufig in einer knappen Viertelstunde erreichbar.

Wir möchten Sie zu diesem **Aktionstag** herzlich einladen und um zahlreiches Erscheinen bitten. Gerne können neben den Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten auch weiteres kommunales Führungspersonal sowie ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Rats- und Kreistagsmitglieder teilnehmen. Es ist wichtig, an diesem Tage in möglichst großer Personenzahl zu erscheinen, um gegenüber der Landesregierung und dem Landtag ein starkes Zeichen zu setzen.

Um die Veranstaltung planen zu können, bitten wir um Anmeldung über folgendes Formular: [Anmeldeformular Aktionstag](#)

Zur Erhöhung der medialen Aufmerksamkeit werden von uns vor Ort Plakate bereitgestellt, die dieser Mail beigelegt sind. Darüber hinaus werden Sparschweine verteilt, auf denen die jeweiligen Haushaltsdefizite mittels Beschriftung dargestellt werden können und die symbolisch an den Ministerpräsidenten übergeben werden. Die Materialien werden durch die Geschäftsstellen der kommunalen Spitzenverbände organisiert.

Zusätzlich werden wir im Vorfeld der Kundgebung ein **gemeinsames Schreiben** an die Mitglieder der Landesregierung, die Landtagsabgeordneten und niedersächsischen

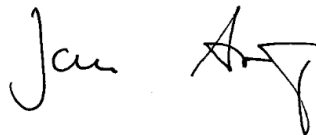
Bundestagsabgeordneten der in Bund und Land regierungstragenden Fraktionen richten, um auf die dramatische Entwicklung der kommunalen Haushalte hinzuweisen. Dieses Schreiben werden wir Ihnen zur Verfügung stellen. Gerne können Sie Ihre jeweiligen Abgeordneten dazu ansprechen oder einladen.

Wir stellen außerdem anheim, die beigefügte **Resolution** der drei kommunalen Spitzenverbände in Ihren Vertretungen in den nächsten Monaten zu beschließen und darüber eine Berichterstattung in der örtlichen Presse herbeizuführen, um die bisher von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkte kommunale Finanzkrise auch in die mediale Aufmerksamkeit zu bringen. Ein Informationspaket mit verwendbaren Hintergrundinformationen werden wir in Kürze gesondert versenden.

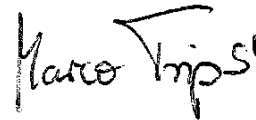
Lassen Sie uns gemeinsam ein sichtbares und starkes Zeichen für handlungsfähige Kommunen setzen. Wir freuen uns über Ihre Unterstützung und Ihre Bereitschaft zur Mitwirkung!



Dr. Joachim Schwind  
Geschäftsführendes  
Präsidialmitglied NLT



Dr. Jan Arning  
Hauptgeschäftsführer NST



Dr. Marco Trips  
Präsident NSGB

**Anlagen:**

- Resolution
- Infoblatt
- Kampagnenmotive

## Resolution „Rettet die Kommunen!“

Die Städte, Gemeinden und Samtgemeinden sowie die Landkreise befinden sich in der schlimmsten finanziellen Krise seit Bestehen der Bundesrepublik. Ungebremst steigende Sozialausgaben, immer neue Aufgaben ohne Gegenfinanzierung und eine beginnende Zinsspirale sind die fremdverschuldeten Ursachen. Während die Einnahmen stabil bleiben, führen von Bund und Land auferlegte Ausgabeverpflichtungen zu einem gewaltigen strukturellen Minus der Kommunen.

Das mittlerweile historisch höchste Gesamtdefizit der Kommunen auf Bundesebene lag in 2025 bei minus 32 Mrd. Euro, in Niedersachsen bei minus 3,6 Mrd. Euro. Dies summiert sich zum ähnlich schlechten Jahr 2024. Rücklagen sind vielfach aufgebraucht, die Handlungsspielräume der Kommunen werden zunehmend eingeschränkt.

Davon betroffen sind nicht nur freiwillige Leistungen, die für Lebensqualität, gesellschaftlichen Zusammenhalt und lokale Identität von zentraler Bedeutung sind. Zunehmend geraten auch Pflichtaufgaben unter Druck, insbesondere der Erhalt und Ausbau der kommunalen Infrastruktur, die Daseinsvorsorge sowie die Erfüllung gesetzlicher Ansprüche. Die Investitionsrückstände nehmen weiter zu, die Investitionsquote sinkt trotz der Investitionshilfen vom Bund. Diese Entwicklung beeinträchtigt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Funktionsfähigkeit des Staates auf allen Ebenen.

Vor diesem Hintergrund fordert der Rat/Kreistag der/des [Gemeinde/Stadt/Landkreises] das Land Niedersachsen auf,

1. **die Mittel im kommunalen Finanzausgleich im Rahmen des Doppelhaushalts 2027/2028 deutlich zu erhöhen, mindestens jedoch um eine Milliarde Euro,**
2. **das Konnexitätsprinzip im Land konsequent anzuwenden und im Bundesrat nur noch Gesetzen zuzustimmen, die vollständig vom Bund finanziert werden und**
3. **sich beim Bund für eine Reform der Sozialleistungen einzusetzen, die zu einer auskömmlichen Finanzierung auf kommunaler Seite führt.**

Der Rat/Kreistag der/des [Gemeinde/Stadt/Landkreises] appelliert an Landtag und Landesregierung, die finanzielle Situation der Kommunen mit höchster Priorität zu behandeln und zeitnah wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Ohne ein Handeln des Landes droht – bei sich fortsetzenden Defiziten – eine Handlungsunfähigkeit der Gemeinden.

Starke Kommunen sind die Grundlage eines funktionierenden Gemeinwesens und einer lebendigen Demokratie. Ihre finanzielle Stabilität ist eine zentrale Voraussetzung für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat.

Jetzt ist die Zeit zu handeln!

Datum, Unterschrift



# 6.1.1.1

Stadt Varel

Der Bürgermeister



Fachbereich 1 - Zentrale Verwaltung

Varel, 18. Mai 2026

## Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 147/2026

### Zukunftsstruktur und Neuausrichtung des Standortes Varel - Errichtung des Gesundheitscampus Varel

Beratungsfolge	Status	Termin	Art der Beratung
Verwaltungsausschuss	nicht öffentlich	21.05.2026	Vorberatung
Rat	öffentlich		Entscheidung

#### Finanzielle Auswirkungen:

Ja    Nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Direkte jährliche Folgekosten	Finanzierung	Sonst. einmalige oder jährliche laufende Haushaltsauswirkungen
€	€	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung <input type="checkbox"/> Mittel stehen in Höhe von _____ € zur Verfügung <input type="checkbox"/> Mittel stehen <b>nicht</b> zur Verfügung	€

Fachbereichsleiterin gez. Marion Lübben-Groß	Bürgermeister gez. Gerd-Christian Wagner
---	---

#### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Varel beauftragt die Verwaltung und die Projektgesellschaft Gesundheitszentrum Varel GmbH, die notwendigen Schritte für die rechtliche und wirtschaftliche Ausarbeitung einer Umsetzung der Gesundheitscampus Varel GmbH mit den nachstehenden Eckpunkten und entsprechend des beigefügten Schaubildes zu veranlassen und vorzulegen.

### **Sach- und Rechtslage:**

Der Landkreis Friesland, die Friesland Kliniken gGmbH, die Stadt Varel und die medoplan GmbH haben sich auf die Grundzüge der Errichtung eines „Gesundheitscampus Varel“ geeinigt. Ein Schaubild zur Verdeutlichung der rechtlichen Strukturen ist als Anlage beigefügt.

Auf Basis dieser Einigung soll die konkrete Zukunftsstruktur für den Standort Varel erarbeitet werden.

Im Einzelnen:

Ziel ist die Gründung einer Gesundheitscampus Varel GmbH als Betreibergesellschaft. Diese soll die wirtschaftliche und finanzielle Struktur des Standorts und der einzelnen medizinischen Angebote verbessern und sicherstellen.

Insbesondere vor dem Hintergrund der strukturellen Veränderungen im Gesundheitswesen und der zunehmenden ambulanten Versorgung bietet eine eigenständige Betreibergesellschaft die Möglichkeit, neue Versorgungsformen flexibler und effizienter zu entwickeln.

Die Bündelung operativer Aufgaben innerhalb der Gesundheitscampus GmbH ermöglicht eine klare organisatorische Trennung zwischen dem bisherigen Krankenhausbetrieb und neu entstehenden Versorgungsstrukturen. Dadurch können Verwaltungs-, Steuerungs- und Entwicklungsprozesse gezielt auf die Anforderungen eines modernen Gesundheitscampus ausgerichtet werden. Gleichzeitig soll so erreicht werden, dass die werthaltigen Strukturen und Ausstattungen der Frieslandkliniken in die Gesellschaft eingebracht werden und eine gute Ausgangsbasis für die Fortentwicklung bieten, ohne jedoch beihilferechtliche und weitere Probleme der Bewertung und des Übergangs bereits zum jetzigen Zeitpunkt final lösen zu müssen. Dadurch konnten wesentliche Problematiken aus den Verhandlungen seit Oktober 2025 aufgelöst werden.

Zugleich kann die Betreibergesellschaft dazu beitragen, wirtschaftliche Risiken besser zu strukturieren. Auch kann sie bei der Umstrukturierung als organisatorischer und wirtschaftlicher Puffer dienen, um die neuen Versorgungsangebote zu etablieren und Übergänge zu organisieren. Zudem ermöglicht sie die (erleichterte) Kooperation mit den weiteren Akteuren und unterschiedliche Leistungsbereiche, wie das MVZ Varel, das AOZ Varel etc. unter einem gemeinsamen organisatorischen Dach zu koordinieren. Hierdurch können Synergien genutzt, Entscheidungswege verkürzt und Verwaltungsabläufe effizienter gestaltet werden. Dadurch soll der Standort wirtschaftlicher ausgerichtet, Leistungen gebündelt, Prozesse vereinheitlicht und Ressourcen gezielter eingesetzt werden.

Die Ausgestaltung soll sich im Einzelnen wie folgt darstellen:

1. Die Gesellschaftsanteile der Gesundheitscampus Varel GmbH als Betreibergesellschaft sollen sich wie folgt darstellen:
  - 51 % Friesland-Kliniken gGmbH
  - 24,5 % die Stadt Varel
  - 24,5 % medoplan GmbH
2. Die Gesellschaft soll die Geschäftsbesorgung der medizinischen Bereiche am Standort Varel, insbesondere
  - a. des Ambulanten OP-Zentrums (AOZ),
  - b. der Frauenklinik (Gynäkologie/Geburtshilfe),
  - c. des MVZ (mit folgenden KV-Sitzen: 1x Chirurgie, 2x Gynäkologie, 0,75x Kardiologie, 1x Neurochirurgie, 0,25x Onkologie,

0,75x Gastroenterologie)  
 d. und der Physiotherapie sowie  
 e. der Liegenschaftsverwaltung, die sich in 100 %iger Trägerschaft  
 der Friesland Kliniken gGmbH befindet,  
 übernehmen.

Über den Geschäftsführer oder die Geschäftsführerin bestimmt die neu zu gründende Gesellschaft.

Weitere Regelungen über die Gesundheitscampus Varel GmbH hinaus:

3. Neben der Gesundheitscampus Varel GmbH wird zur weiteren Sicherung der fachärztlichen Versorgung in einer eigenen MVZ-Struktur (MVZ Gesundheitszentrum Varel GmbH) in separater Träger- und Betreiberschaft geführt. In diesem MVZ werden die weiteren KV-Sitze (1x Chirurgie, 1x Gynäkologie, 1x Pädiatrie) überführt.
4. An die Friesland Kliniken gGmbH soll durch die medoplan GmbH 0,5 KV-Sitz Neurologie sowie 0,5 KV-Sitz Allgemeinmedizin für den Standort Sande mit Übergang übertragen werden.
5. Der KV-Sitz Gastroenterologie (0,75) verbleibt zunächst im MVZ der Friesland Kliniken. Ein Sonderbedarfsantrag für den Standort Sande wird gestellt. Wenn der Sonderbedarf bestätigt wird, geht er an die Gesundheitszentrum Varel GmbH.

Der MVZ Gesundheitszentrum Varel GmbH wird ein Optionsrecht zur Übernahme der am Standort Varel in Trägerschaft der Friesland Kliniken gGmbH befindlichen KV-Sitze (die entsprechenden Bedingungen und Zeitachse sind im Detail noch abzustimmen) eingeräumt.

6. Perspektivisch wird die Schaffung eines RVZ sowie gegebenenfalls eines RGZ angestrebt.
7. Weitere perspektivische Möglichkeiten sind die ambulante Reha, ein Mammographie-Screening, ein Sanitätshaus, Allgemeinmedizin (mit 3 KV-Sitzen), BG-Ambulanz, Intensivpflege sowie die Kooperation mit der Caritas.
8. Die detaillierten Inhalte des zu schließenden Geschäftsbesorgungsvertrages (Leistungsumfang, Rechte des GF, weitergehende Übernahmeoptionen und mögliche Zeitpunkte, Laufzeit, Vergütung, Berichtspflichten, Nutzung und Einbindung weiterer Fachbereiche der Friesland Kliniken gGmbH) sind schnellstmöglich zu regeln.
9. Als Anschubfinanzierung der MVZ Gesundheitszentrum Varel GmbH bestehen Überlegungen, dass der Landkreis Mietvergünstigungen sowie weitergehende Wirtschaftsförderungen im gesetzlich zulässigen Rahmen gewährt.
10. Der Bereich der Frauenklinik (Gyn/Geb) wird zur Stärkung der regionalen Frauengesundheitsversorgung im gesetzlichen Rahmen (3 Jahre beginnend ab 2028 gem. KHAG, ggf. weitere Verlängerung 3 Jahre neue Entscheidung Planungsausschuss/Beantragung vss. 2030 möglich) aufrechterhalten und das Defizit weiter durch den Landkreis bzw. die Friesland Kliniken gGmbH ausgeglichen.

Dem zeitlichen Umstand geschuldet kann es in den nächsten Tagen noch kleinere Änderungen geben.

## Die gemeinsame Lösung: Die Gesundheitscampus Varel GmbH

Das Ergebnis dieser Bemühungen ist eine Einigung, bei der der Standort Varel über eine neue Struktur zukunftsfest gemacht wird. Die Gründung der Gesundheitscampus Varel GmbH schafft eine klare, sichtbare Struktur für den Standort.

Durch die Beteiligung der medoplan GmbH wird externe Expertise in der Geschäftsbesorgung und Liegenschaftsverwaltung eingebunden.

### Medizinische und wirtschaftliche Vorteile

- **Sicherung der Versorgung:** Die stationäre Gynäkologie und Geburtshilfe bleiben im gesetzlich möglichen Rahmen erhalten, was eine zentrale Forderung der Bürgerinnen und Bürger war.
- **Ambulantisierung:** Durch das AOZ und die MVZ-Strukturen wird der Standort konsequent auf zukunftsfähige ambulante Leistungen ausgerichtet.
- **Fachkräfte:** Der zügige Transformationsprozess unter Berücksichtigung arbeitsrechtlicher Modalitäten bietet den Mitarbeitenden eine klare Perspektive.
- **Wirtschaftlichkeit:** Durch den Geschäftsbesorgungsvertrag und die perspektivische Einbindung neuer Mieter (z. B. Mammographiescreening, Intensivpflege) wird eine Reduzierung des Defizits der Liegenschaft angestrebt. Es erfolgt eine Konzentration der Leistungserbringung im Hauptgebäude Bleichenpfad 9; In Abstimmung mit der Stiftung sollen einzelne nicht mehr erforderliche Gebäudeteile veräußert werden.

Die geplante Organisationsstruktur ist in dem beigefügten Schaubild aufgeführt.

Frau Dr. Nottbusch (mit der rechtlichen Beratung des Landkreises in der Sache betraute Rechtsanwältin und Notarin) liegen die Eckpunkte/Übersichtspapiere zur Prüfung und Bewertung vor.

Diese Vorlage ist inhaltlich mit dem Landkreis Friesland und der Projektgesellschaft „Gesundheitszentrum Varel GmbH“ abgestimmt.

Die Verwaltung und die Projektgesellschaft „Gesundheitszentrum Varel GmbH“ sehen das vorliegende Konstrukt als einen großen Schritt in die richtige Richtung an und sind bestrebt, gemeinsam mit dem Landkreis Friesland als Aufgabenträger und gegenwärtiger Geschäftsbesorger, eine für Varel gute, zukunftsorientierte Lösung zur Etablierung der Gesundheitsversorgung in Varel und der Region. Allen Beteiligten ist bewusst, dass diese Campuslösung in den nächsten Wochen und Monaten weiter aus- und aufgebaut werden muss. Die Stadt Varel übernimmt als Standortkommune sehr viel Verantwortung. Ziel ist die Schaffung eines großen „Netzwerkes Gesundheit“, getragen auch durch die Unterstützung des Netzwerkes Wirtschaft Varel e. V. und den regional verorteten Unternehmungen der Gesundheitsbranche.

Es ist zu erwarten, dass gemeinsam mit dem Landkreis Friesland und der medoplan GmbH kurzfristig weitere abgestimmte Vorlagen (z. B. Gesellschaftsgründungen, Kooperationsvereinbarung, Optionsvereinbarungen) einzubringen sind, um eine Realisierung der komplexen Beschlusslage zu bewirken.

### Anlagen:

Schaubild Organisationsstruktur